

## **„Demokratie braucht Stärkung – Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus verlässlich unterstützen“**

**Positionspapier der Träger Mobiler Beratungsarbeit und der Opferberatungsstellen zur Zukunft der Programme für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Demokratiefindlichkeit**

### **Eine kontinuierliche Herausforderung**

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Pflege demokratischer Kultur sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen spiegeln sich dabei nicht nur in Wahlergebnissen wider. Sie zeigen sich vielerorts in der Abwendung der Menschen von demokratischer Teilhabe und in der Ausgrenzung von Minderheiten. Auch werden sie in rassistischen, sozialdarwinistischen Denk- und Verhaltensmustern sowie in gewalttätigen Angriffen auf Menschen sichtbar, die im rechten Weltbild als minderwertig gelten.

Offenbar gelingt es rechtsextremen Akteuren vor allem in ländlichen Regionen mit ihren Angeboten Menschen anzusprechen. Rechtsextremisten engagieren sich in Vereinen bzw. Gremien und sind vielerorts zum festen Bestandteil des sozialen und politischen Alltags geworden. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zeigen die Verankerung der rechtsextremen Ideologie in der „gesellschaftlichen Mitte“.

In einer solchen Situation ist – neben den bestehenden Angeboten der Politischen Bildung – Mobile Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie unverzichtbar. Diese Arbeit bezieht sich auf die konkreten Lebenslagen, Bedürfnisse und Wünsche der Menschen vor Ort. Deshalb kann sie rechtsextremem Einfluss im Alltag wirksam und nachhaltig begegnen.

Das Bundesamt für den Verfassungsschutz spricht in Übereinstimmung mit den Beratungsprojekten für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt von einem erneuten Anstieg politisch rechts motivierter Gewalt. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit, die Betroffenen rechter Gewalt mit Beratungsarbeit zu unterstützen.

### **Arbeit für demokratische Kultur ist Arbeit gegen Rechtsextremismus**

Um einer weiteren Verbreiterung rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft und der Anschlussfähigkeit rechtsextremer Ideologien an gesellschaftskritische Debatten etwas entgegenzusetzen, bedarf es maßgeschneiderter und an den konkreten lokalen Problemlagen orientierter Konzepte und Angebote.

Im Rahmen von Bundesprogrammen für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus wurden solche zivilgesellschaftlichen Konzepte ab 2001 eingeführt und erprobt.<sup>1</sup> Mit den aktuellen Bundesprogrammen konnte eine Erweiterung Mobiler Beratungsstrukturen auf die westdeutschen Länder erreicht werden. Diese sind jedoch strukturell prekär und nicht

---

<sup>1</sup> Die im Rahmen der Bundesmodellprogramme CIVITAS und ENTIMON eingeführten Strukturprojekte Mobile Beratungsteams und Opferberatungsteams beruhen auf seit 1992 erfolgreich arbeitenden Projekten im Land Brandenburg. Vgl. Lehnert, Hans-Jürgen/Kokoschko, Ray/Wagner, Bernd: Mobiles Beratungsteam, in: Interkulturelle Beiträge der RAA, Potsdam 1997 und Wagner, Bernd: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 39/2000).

den Bedarfen vor Ort entsprechend. Auch die benötigten Opferberatungsstellen sind in Westdeutschland nur in Ansätzen geschaffen worden. Deutlich wird in der aktuellen Programmphase zudem, dass die spürbare Tendenz zur „Verstaatlichung von Zivilgesellschaft“<sup>2</sup> nicht zielführend und mit den Standards<sup>3</sup> Mobiler Beratung nur schwer in Übereinstimmung zu bringen ist.

Einstellungsveränderungen und die Stärkung demokratischer Potenziale und Akteure sind Prozesse, die jenseits von Förderperioden und Konjunkturen der öffentlichen Auseinandersetzung ablaufen. Deshalb müssen zivilgesellschaftliche Konzepte langfristig angelegt und verlässlich gefördert werden.

### **Erfolgreiche Strukturen und Standards erhalten**

Die positiven Wirkungen der professionellen Beratungs- und Aufklärungsarbeit sind nicht nur wissenschaftlich<sup>4</sup>, sondern werden auch durch die alltäglichen Erfahrungen der Beratungsnehmenden bestätigt. Sie spiegeln sich ebenso in der Kofinanzierung Mobiler Beratung und Opferberatung durch die Bundesländer und einer zunehmenden Nachfrage des fachlich ostdeutschen Modells in Westdeutschland.

2010 endet die erste Programmphase der Bundesprogramme „kompetent! für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ und „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

Anderthalb Jahre vor dem Ende des Förderzeitraums und vor den anstehenden Haushaltsverhandlungen des Bundes **erwarten die zivilgesellschaftlichen Netzwerke** in Ost- und Westdeutschland eine **Fokussierung auf den zivilgesellschaftlichen Förderansatz**, eine **Verstetigung der Förderung** und eine **Übertragung der in Ostdeutschland entwickelten erfolgreichen Standards auf Westdeutschland**. Notwendig ist auch eine **kontinuierliche, universitäre Begleitforschung** – verbunden mit einem Wissenschafts-Praxis-Transfer in beide Richtungen. Ergänzt werden muss dies durch **eine bundesweite Koordination** auf der Projektebene, die den Austausch und die Weiterentwicklung bewährter Beratungsstrukturen und Qualitätsstandards sichert.

Um dies zu gewährleisten, ist eine abgestimmte Strategie und eine gemeinsam verantwortete Finanzierung zwischen Bund und Ländern notwendig. Sie muss mittelfristig in einer Gesetzesinitiative auf Bundesebene und deren Abstimmung mit den Ländern Niederschlag finden. Die in Ostdeutschland erarbeiteten Qualitätsstandards Mobiler Beratung und Opferberatung, die darauf zielen, langfristige Beratungsprozesse in lokalen Kontexten anzubieten, müssen – das zeigen die langjährigen Erfahrungen – zum Maßstab für die Ausrichtung und Professionalität der zu finanzierenden Beratungsangebote werden.

---

<sup>2</sup> Roth, Roland: Trotz alledem Zivilgesellschaft. Zur zweiten Runde der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, o.O. 2007.

<sup>3</sup> Kulturbüro Sachsen u.a (Hrsg.): MBT 2.0. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie langfristig sichern. Selbstverständnispapier der zivilgesellschaftlichen Träger Mobiler Beratungsarbeit, o.O. 2009 sowie Koordination Mobiler Beratung in Ostdeutschland (Hrsg.): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus. Ein Profil der Arbeit Mobiler Beratungsteams in Berlin, Mecklenburg Vorpommern, Sachsen und Thüringen, Berlin 2005.

<sup>4</sup> Vgl. dazu u.a.: Berg, Lynen von/Palloks, Kerstin/Steil, Armin: Interventionsfeld Gemeinwesen: Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim 2007. Berg, Lynen von/Palloks, Kerstin/Vossen, Johannes: Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, Bielefeld 2003, S. 171 und Roth, Roland/Klein, Ludger: Bürgernetzwerke gegen Rechts: Perspektiven der Aktionsprogramme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (Nr. 36/2005), S. 114-126.

Angesichts der Herausforderungen, die sich durch Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ergeben, brauchen wir – in Ost- und Westdeutschland – eine belastbare und handlungsfähige Beratungsstruktur, die sowohl präventive Arbeit im Sinne von lokaler Demokratieförderung als auch Intervention mit Blick auf rechtsextreme Problemlagen gewährleistet.

Die gewachsenen und professionell arbeitenden Beratungs- und Netzwerkstrukturen der Opferberatungsstellen und der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie müssen dauerhaft mit bedarfsgerechten finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

**Diesen Aufruf unterstützen folgende Institutionen und WissenschaftlerInnen  
(Stand: 28. Juli 2009)**

- AKE-Bildungswerk e. V., Regionale Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus
  - Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
  - Amadeu Antonio Stiftung
  - Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Nds. Ost gGmbH
  - Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten Region Anhalt/Bitterfeld/Wittenberg
  - demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
  - Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern
  - Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster
  - Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
  - KompetenzEntwicklungszentrum Bürgerschaftliches Engagement, Sachsen-Anhalt
  - Kulturbüro Sachsen e. V.
  - LOBBI e. V.– Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern
  - Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.
  - Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt Sachsen-Anhalt
  - Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin
  - Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster – Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie
  - Mobile Beratung in Thüringen e. V.
  - Mobiles Beratungsteam Hessen
  - Opferberatung der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V.
  - Opferperspektive Brandenburg e. V.
  - Projekt GegenPart – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt
  - ReachOut – Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin
  - Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e. V.
  - Regionalzentrum für demokratische Kultur Bad Doberan – Güstrow – Rostock
  - Regionalzentrum für demokratische Kultur Nordvorpommern – Rügen – Stralsund
  - Regionalzentrum für demokratische Kultur Südvorpommern
  - Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg
  - Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt, drudel 11 e. V.
  - Verein für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e. V.
  - Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.
- 
- Prof. Dr. phil. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal
  - Prof. Dr. Titus Simon, Hochschule Magdeburg-Stendal